

# „Wir erleben sehr hohen Nachfragedruck“

Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen kein spürbarer Rückgang der Verbraucherinsolvenzen – Weniger gewerbliche Pleiten

GIESSEN (bl). Trotz europäischer Schuldenkrise und angespannter Märkte gehen weniger Firmen und Verbraucher pleite. Zumindest bundesweit gilt das noch. In Gießen sieht die Situation ein klein wenig anders aus. Jedenfalls ist bei den Privatinsolvenzen zahlenmäßig kein markanter Rückgang zu erkennen. Mit 369 Anträgen auf Eröffnung eines Verfahrens hat das Amtsgericht Gießen 2012 den Höchststand des Vorjahres (373) nur geringfügig unterschritten. Bei den gewerblichen Insolvenzen macht sich aber offenbar die wirtschaftliche Stabilität der Bundesrepublik bemerkbar.

Griechenland, Spanien, Italien, Portugal – die hochdefizitären Staaten und ihr mehr oder minder intensives Bemühen, die Schuldenlast in den Griff zu bekommen, beherrschten auch im vergangenen Jahr wieder beinahe täglich die Schlagzeilen. Die deutsche Wirtschaft erwies sich lange Zeit noch als robust und widerstandsfähig. Insbesondere die Arbeitslosenzahlen sind stetig gesunken. „Das hätte eigentlich zu einer Entlastung der privaten Haushalte führen müssen, wenn die Menschen mehr Arbeit haben und ihre Verbindlichkeiten eher bedienen können. Das spüren wir jedoch nicht“, betont Werner Ruppel-Sinn, Bereichsleiter der Schuldnerberatung beim Diakonischen Werk in Gießen. Und das halte er für bedenklich. Gleichzeitig sei anzunehmen, dass die Überschuldung noch weiter wächst, wenn die Arbeitslosigkeit wieder zunimmt.

Das Insolvenzbarometer der Wirtschafts- und Branchendaten GmbH weist – bis zum 30. November – einen Rückgang der deutschlandweiten Verbraucherinsolvenzen von abermals 4,21 Prozent aus, nachdem bereits für 2011 ein Minus

von knapp fünf Prozent ermittelt worden war. Wenngleich die Zahlen sinken, hat der Wirtschaftsauskunftei Creditreform zufolge die Überschuldung der Verbraucher insgesamt zugenommen.

In Gießen sei der Bedarf „ungebrochen“, versichert denn auch der Schuldnerberater. „Wir erleben nach wie vor einen sehr hohen Nachfragedruck.“ Das lasse sich beispielsweise an den – auch bedingt durch begrenzte Kapazitäten – immer längeren Wartezeiten ablesen. Inzwischen dauere es vier bis fünf Monate, bis Betroffene nach der Notfallsprechstunde einen regulären Erstgesprächstermin erhalten. Über die Gründe freilich lassen sich nur Vermutungen anstellen. Nicht unerheblich wirkt sich sicher die besondere Sozialstruktur der Gießener Bevölkerung mit vielen auf Transferleistungen angewiesenen Haushalten aus. „Zudem wird in Deutschland trotz der guten Wirtschaftslage nicht unbedingt mehr Geld verdient“, sagt Werner Ruppel-Sinn.

Seit der Jahrtausendwende können Privatpersonen und ehemals Selbstständige

mit weniger als 20 Gläubigern ein Insolvenzverfahren beantragen. Meist geschieht das, wenn auf absehbare Zeit anders keine ernsthafte Aussicht auf einen Neuanfang besteht. Waren es im Jahr 2001 lediglich 114 Anträge, sind es kontinuierlich mehr geworden. Außerdem sind 2012 wieder etwas mehr Verfahren eröffnet worden, nämlich insgesamt 248 (2011: 241). „Entscheidend ist, dass die Insolvenzmasse ausreicht“, erläutert Beate Mengel, Pressesprecherin des Amtsgerichts. Also die Chance gegeben ist, die Ansprüche der Gläubiger wenigstens zum Teil zu befriedigen.

## Zwangsversteigerungen

Kommt es nicht zum Verfahren, kann es sein, dass mit dem Schuldner ein Schuldenbereinigungsplan vereinbart wird. „Vorausgesetzt, die Mehrheit der Gläubiger stimmt zu“, weiß Werner Ruppel-Sinn. Und es müssten „gute Regulierungsmöglichkeiten vorhanden sein“. Dann werde kein Insol-

venzverwalter bestellt und der Schuldner müsse selbstständig dafür sorgen, innerhalb einer bestimmten Zeit den Plan einzuhalten und sein pfändbares Vermögen zur Verfügung zu stellen.

Anders als bei den Privatinsolvenzen scheint sich bei den gewerblichen Insolvenzen die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands auch in Zahlen niederzuschlagen. Nach zuletzt jeweils 290 gestellten Anträgen wollten 2012 heimische Gewerbe 30 Mal weniger den Gang in die Insolvenz antreten. In 119 Fällen eröffnete das Gericht ein Verfahren (2011: 136).

Noch deutlicher zurückgegangen sind die Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen. „Das ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung zurzeit eher bestrebt ist, in Immobilienvermögen anstatt Bankanlagen oder Wertpapiere zu investieren“, vermutet Astrid Keßler-Bechtold, ebenfalls Pressesprecherin des Gießener Amtsgerichts. In dessen Zuständigkeitsbereich kamen 2012 noch 151 Grundstücke und Immobilien unter den Hammer, 2011 waren es immerhin noch 231 Verfahren, 2010 sogar 266.

Die Zahl der Zwangsverwaltungen macht nur noch knapp ein Drittel des Vorjahres aus: 24 sind es gegenüber 71 von 2011 (2010: 51, 2009: 55, 2008: 60). Was unter Zwangsverwaltung zu verstehen ist, hatte Keßler-Bechtold bereits im vergangenen Jahr wie folgt erklärt: „Sie wird im Unterschied zur Zwangsversteigerung auf Antrag des oder der Gläubiger angeordnet, um auch die Nutzungen des Grundstücks, also meist die Mieteinnahmen, zur Befriedigung der Gläubigeransprüche zu sichern, sofern diese nicht bereits anderweitig abgetreten sind.“ Häufig diene sie aber auch nur zur Sicherung des Grundstücks und des Gebäudes an sich. So könne beispielsweise ein Zwangsverwalter notwendige Reparaturen zum Erhalt des Gebäudes durchführen oder aber im Winter beheizen, um Schäden zu vermeiden, wenn der Schuldner diesen Verpflichtungen nicht mehr nachkomme.

Insolvenzen im Bereich des Amtsgerichts Gießen



Quelle: Amtsgericht

GA-Grafik (mg)